

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 1,00 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 5-gep. Zeile 0,50 Gulden, Restzeile 1,00 Gulden, in Deutschland 0,50 und 1,00 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6.
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Drucksachen 32 90.

Nr. 130 Donnerstag, den 5. Juni 1924 15. Jahrg.

Rücktritt des parlamentarischen Senats.

Notwendigkeiten und Möglichkeiten.

Danzig, den 5. Juni 1924. E. L.

Die schon seit einigen Wochen schleichende Regierungskrise ist plötzlich in ein akutes Stadium getreten. In der gestrigen Volkstagsitzung erklärte der deutschnationale Vizepräsident des Senats Dr. Riehm im Namen der parlamentarischen Senatoren, daß sie aus der Ablehnung des Justizetats durch den Volkstag die parlamentarischen Schlussfolgerungen ziehen und von ihren Ämtern zurücktreten. Diese Rücktrittserklärung hat folgenden Wortlaut:

Im Namen aller Mitglieder des Senats im Nebenamt habe ich folgende Erklärung abzugeben:
Der Volkstag hat in seiner vorigen Sitzung vom 30. Mai den Justizetat in seinen ersten Positionen abgelehnt. Es ist nach der Wahl der jetzigen Regierung bei der Besprechung der Regierungserklärung im Volkstag auf die Unterstützung der beiden Flügelparteien, der Deutschen Partei für Fortschritt und Wirtschaft und der Deutschsozialen Partei angewiesen. Diese Parteien haben durch die Ablehnung der Etatspositionen gezeigt, daß sie der Regierung diese Unterstützung verweigern. Die Deutschsoziale Partei, mit deren Hilfe die Wahl der parlamentarischen Senatoren erfolgt ist, hat ausdrücklich erklärt, daß es ihr infolge der Vorgänge bei dem Ausschluß eines ihrer Mitglieder an eine Regierungspartei nicht mehr möglich sei, die Regierung noch weiter in irgendeiner Weise zu unterstützen. Bei dieser Einstellung der Parteien des Volkstages zur gegenwärtigen Regierung ist eine Fortführung der Staatsgeschäfte ohne Aenderung der Lage nicht möglich. Die parlamentarischen Senatoren ziehen die erforderlichen Schritte zurück. Sie erklären hiermit, daß sie bereit sind, an der Regierung auszutreten. Damit die ungehörige Fortführung der Geschäfte in Staat und Stadt gesichert bleibt, erklären sie sich bereit, nach den Grundätzen des Artikels 51 der Verfassung die Geschäfte bis zur Neuwahl weiterzuführen. Sie erklären hiermit ausdrücklich, daß sie ihre Ämter unverzüglich niederlegen werden, sobald die Wahl von anderen Senatoren gesichert ist.
Nach parlamentarischem Brauch ist es nunmehr Sache der Parteien von benennigen Parteien, welche die Ablehnung des Etats bewirkt haben, also der Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratie, die nötigen Schritte zur Neubildung der Regierung zu unternehmen.

Dieser Erklärung ist von allen parlamentarischen Senatoren, bis auf Herrn Senator Riehm-Riehan, der von Danzig abwesend ist, zugestimmt worden. Es besteht aber kein Zweifel, daß auch dieser sich der von mir abgegebenen Erklärung anschließen wird.

Nach Entgegennahme dieser Demission vertagte sich das Haus auf einige Zeit, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Als nach einhunderttagiger Pause der Volkstag nochmals auf einige Minuten zusammentrat, gab für die Sozialdemokratie Gen. Gehl folgende Erklärung ab:

Die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei nimmt davon Kenntnis, daß nach der Erklärung des Senatspräsidenten Dr. Riehm die Senatoren im Nebenamt aus der Ablehnung des Haushaltsplans für die Justizverwaltung die parlamentarischen Konsequenzen ziehen.

Sie erblickt in dieser verkauften Erklärung den tatsächlichen Rücktritt der Senatoren im Nebenamt.

Die V.S.D. wird zu der neuen politischen Situation Stellung nehmen und ihren Grundätzen entsprechend handeln.

Das Auffallende an der Regierungserklärung ist die außerordentlich verkauften Form, in der die parlamentarischen Senatoren ihre Rücktrittsbereitschaft erklären. Nach parlamentarischem Brauch gibt es in diesem Fall nur das eine: Rücktritt der Regierungsmitglieder, die dann die Geschäfte bis zur Neubildung der Regierung weiterführen. Die Sozialdemokratie hat deshalb gegenüber den Unklarheiten in der Riehm'schen Erklärung in ihrer Erklärung diese parlamentarisch einzig mögliche Lage ausdrücklich festgesetzt.

Als die Ursache der jetzigen Regierungskrise kann nicht der Wehtritt des Abg. Maier von den Deutschnationalen zur Deutsch-Danziger Volkspartei und die daraus resultierende Opposition der Deutschnationalen angesehen werden. Wäre das wirklich der Fall, das Ausland müßte dann über die in Danzig betriebene Politik inoffiziell die Äpfel ziehen. Trotz aller unserer Gegnerschaft zu den bürgerlichen Parteien und insbesondere auch zu den Deutschnationalen wollen wir ihnen diese Kleinlich-lächerlichen Ursachen für ihr Verhalten nicht unterstellen und annehmen, daß die wahre Ursache die gespannte politische Lage war, die aus den bisherigen Ergebnissen des Untersuchungsaußschusses im Falle Rette resultierte. Je länger hier die Verhandlungen andauern, um so ungünstiger wird der Senator Rette und um so ungünstiger die Lage der Deutschnationalen. Angesichts dieser Tatsache haben sie das taktisch Klügste getan, was sie tun konnten. Statt einer zu erwartenden Anschuldigung ihres Senators Rette, die natürlich eine sehr peinliche Angelegenheit für die Deutschnationale Partei gewesen wäre, haben sie es vorgezogen, alle ihre parlamentarischen Senatoren zurückzuziehen, um so einen erneuten Bürgerblockregierung endlich unter Führung der Deutschen Partei von vornherein keine weiteren Schwierigkeiten zu bereiten. Das sind Momente, die nach unserer Ansicht für den Entschluß der Deutschnationalen maßgebend gewesen sind.

Würden die bürgerlichen Parteien wirklich auf diesen deutschnationalen Schachzug hereinfallen, so würde das nach unserer Überzeugung ein weiterer Nagel zum Sarge der ganzen Freistaatsherrschaft sein. Noch wollen wir glauben, daß sich wenigstens bei einem Teil der bürgerlichen Politiker die Erkenntnis Bahn gebrochen hat, daß in der bisherigen Art im Freistaat nicht mehr weiter regiert werden kann. Die ganze Regierungskrise wäre nur eine groteske deutschsoziale Komödie, wenn sie nicht zu einer Befreiung Danzigs von der Vorherrschaft der Deutschnationalen führte. Diese Partei ist es, die durch ihre Günstlingswirtschaft und Beamtenapparat im Freistaat so aufgewemmt, daß nicht nur die Arbeitnehmer unter der ungeheuren Steuerlast seufzen, sondern auch weite Kreise der Geschäftswelt und Industrie über die Verschwendung der Staatsausgaben zu deutschnationalen Parteizwecken und die sich daraus ergebende steuerliche Belastung schon lange höchst ungehalten sind. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, wie wenig den Deutschnationalen trotz aller bombastischen Worte das Staatswohl am Herzen liegt, so hat dies der Fall Rette aufs klarste gezeigt. Bedenkt man ferner, daß die Deutschnationalen zu einem sehr großen Teil die Schuld daran tragen, daß sich die arbeitspolitische Lage Danzigs mehr und mehr verschlechtert hat, so sollten diese Tatsachen schon genügen, um eine Neuorientierung der Danziger Politik unter Ausschluß der Deutschnationalen herbeizuführen.

Die Rücktrittserklärung des Senats weist der Sozialdemokratie als der stärksten Oppositionspartei die Aufgabe zu, die Neubildung der Regierung zu übernehmen. Hierzu hat unsere Volkstagsfraktion erklärt, daß sie ihren Grundätzen entsprechend handeln wird. Bei dem demokratischen Aufbau der Sozialdemokratischen Partei kann eine so weitgehende Entscheidung nicht allein von den Spitzenorganen getroffen werden. Aus diesem Grunde hat der Landesvorstand schon für die nächsten Tage die Vertrauensmännerversammlungen zusammengerufen. Das eine glauben wir allerdings schon heute sagen zu können, daß an der Haltung der Sozialdemokratie die notwendige Neuorientierung der Danziger Politik nicht scheitern wird. Die Entscheidung liegt vielmehr bei den bürgerlichen Mittelparteien. Sind diese bereit, in kürzester Zeit ein Programm durchzuführen, das die obengenannten Mängel der deutschnationalen Regierung beseitigt, so handelt die Sozialdemokratie nur ihren Grundätzen entsprechend, wenn sie die Durchführung eines solchen Programms nach Kräften unterstützt. Der Schlüssel zu einer vernünftigen Lösung der Krise dürfte beim Zentrum liegen. Diese Partei hat bisher fest an der Koalitionspolitik mit den Deutschnationalen gehalten, selbst dann, wenn sogar die eigentlich mehr unternehmerfreundlich orientierte Deutsch-Danziger Volkspartei das deutschnationale Schandregiment nicht mehr glauben decken zu können. Das hiesige Zentrumorgan hat sich noch in seiner Montag-Nummer gegen die bürgerlichen Oppositionsparteien gewandt und ihnen ein „unverantwortliches Spiel mit dem Staatswohl“ zum Vorwurf gemacht. Sollte das Zentrum auch jetzt von dieser verblendeten Stellungnahme nicht ablassen, so dürfte es allein die Schuld tragen, wenn in Danzig weiterhin fortgewürfelt wird, bis eines Tages der große Kladderadatsch kommt. Das aber wäre nicht die „Maatserhaltende Politik“, deren sich das Zentrum in dem genannten Montag-Artikel rühmt.

Für die Sozialdemokratie ist bei einer eventuellen Mitarbeit zur Lösung der Regierungskrise nur das Wohl der arbeitenden Bevölkerung maßgebend. Im Gegensatz zu den Kommunisten, für die solche Krisen nur eine weitere Gelegenheit zur Verschärfung der Sozialdemokratie sind. Als in der Regierungserklärung die Pflicht der Sozialdemokratie zu Verhandlungen zwecks Lösung der Krise erwähnt wurde, leistete sich der Kommunist Rajchewski den Zwischenruf: Die werden es auch nicht besser machen! Daß damit den Deutschnationalen von kommunistischer Seite ein völliger Entschuldigungsartikel ausgestellt wurde, begreift dieser patentierte Klassenkämpfer natürlich nicht. Jedenfalls wird aber durch solche Torheiten der Kommunisten die Sozialdemokratie sich nicht abhalten lassen, das zu tun, was nach ihrer Ansicht die Stunde und das Wohl der arbeitenden Klassen erfordern.

Das Programm der Regierung Marx-Stresemann.

In der gestrigen Reichstagsitzung entwickelte Reichskanzler Marx das Programm der neuen, d. h. alten Reichsregierung. Marx behandelte zunächst die Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung, die ihren tiefsten Grund in der bedrängten außenpolitischen Lage des Reiches hätten. Er wies auf die vergeblichen Bemühungen Deutschlands hin, zu einem wahren Frieden zu gelangen, und führte dann u. a. aus: Die beherrschende Frage der großen internationalen Politik ist die Stellungnahme zum Gutachten der Sachverständigen. Nach der Überzeugung der Reichsregierung ist es für Deutschland die Lebensfrage, einen Ausweg aus der schon so lange andauernden schweren wirtschaftlichen Krise, der halb eine Entspannung folgen muß, zu finden, wenn nicht die deutsche Wirtschaft erliegen soll. Sie habe deshalb der Reparationskommission mitgeteilt, daß sie bereit sei, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen zuzusichern. Die Reichsregierung wird die in Gang befindlichen und durch die Regierungsbildung nicht verzögerten Vorarbeiten zur Durchführung des Gutachtens fortsetzen. Es wird Aufgabe der für die Goldnotenbank, für die Reichsbahn und für die Industrieobligationen vorgesehenen Komitees sein, die in dem Gutachten vorhandenen Lücken auszufüllen und Unklarheiten sowie textliche Widersprüche zu klären. Die Befugnisse der Kommissare müssen völlig klargestellt werden und die Zweifel hinsichtlich der deutschen Mehrheit im Verwaltungsrat der Reichsbahn beseitigt werden.

Wenn diese Komitees zu einer Einigung gekommen sind, wird die Reichsregierung alsbald die notwendigen Gesetzentwürfe vorlegen. Die Regierung ist bereit, alles zu tun, um die Vorarbeiten zu beschleunigen und das Sachverständigengutachten in die Wirklichkeit umzusetzen. Sie hofft dabei auf die Mitarbeit des Reichstages. Die von Deutschland zu erlassenden Gesetzentwürfe werden erst in Kraft treten, wenn eindeutig feststeht, daß auch die Gegenseite das Gutachten als ein unteilbares Ganzes und unverändert annimmt und wenn Gewißheit dafür gegeben ist, daß die Gegenseite gleichzeitig alle in dem Gutachten für die Wiederherstellung der deutschen Leistungsfähigkeit vorgesehenen Maßnahmen trifft.

Der Reichskanzler betonte sodann die Notwendigkeit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen, finanziellen und verweilungsrechtlichen Einheit Deutschlands, ohne die die von Deutschland geforderten Leistungen nicht aufgebracht werden können. Hinsichtlich der gefangenen und vertriebenen Deutschen erklärte er, es sei ein unerlässliches Ziel der deutschen Regierung, ihnen Freiheit und Heimat wiederzugeben. Wenn so das Gutachten in dem Geiste ehrlicher Verständigung als Ganzes von allen beteiligten Regierungen angenommen und durchgeführt werde, so werden wir wieder auf eine vertragliche Grundlage mit unseren Reparationsgläubigern kommen. Es ist nur folgerichtig und unerlässlich, daß dann in dem altbekannten Gebiet das Rheinlandabkommen wiederhergestellt wird und daß die über den Vertrag von Versailles hinaus bestehenden Gebiete geräumt werden.

Alle innerpolitischen Fragen müssen vor diesem für die Einheit des Reiches und für die deutsche Wirtschaft entschei-

bedeutenden Fragen vorerst zurücktreten. Bei den großen Entscheidungen der Außenpolitik ist es Pflicht der gesamten Kraft der Nation, sich für diese schwere Aufgabe einzusetzen in dem Bewußtsein, daß erst nach einer Vereinigung unserer außenpolitischen Schwierigkeiten der Wiederaufbau im Innern in Angriff genommen werden kann. Der Reichskanzler schloß mit einem eindringlichen Mahnwort an den Reichstag, die in den letzten Monaten langsam einziehende Geißelung Deutschlands nicht zu zerreißen. Alle bisherigen Opfer wären vergebens gewesen, wenn wir im entscheidenden Augenblick nicht die nationale Disziplin zu wahren wüßten. Das Ausland müsse sehen, daß die deutsche Regierung entschlossen ist, den sich ihr bietenden Weg in die Freiheit zu gehen. Es müsse aber endlich auch den Beweis erbringen, daß es zu ehrlicher Verständigung bereit ist. Nur dann werde im deutschen Volke der durch zahllose Enttäuschungen und Demütigungen erichüttete Glaube an einen wahren und dauernden Frieden sich wieder heben. Allein und Ruhr aber sehen erwartungsvoll auf den Reichstag und verlangen von ihm, daß er ihnen schnell Rettung und Hilfe bringe.

Nach der Rede des Reichskanzlers vertagte sich das Haus. Die Besprechung der Reichskanzlerrede beginnt morgen vormittag 10 Uhr. Außerdem ist auf die Tagesordnung der Rot-etat für 1924 in erster und zweiter Lesung gesetzt worden.

Berliner Pressekommentare.

Das Zentrumorgan „Germania“ betont, daß die Politik der Reichsregierung von nächstern Tatsachen ausgehe, die unbequem seien als billige Agitationsphrasen. Immer wieder muß betont werden, daß der Krieg für Deutschland verloren ist und daß daraus unentrinnbare Konsequenzen zu ziehen sind. Wir haben, so schließt das Blatt seine Ausführungen, dem, was Reichskanzler Marx gestern sagte, wenig hinzuzufügen. Die Zentrumspartei unterschreibt seine Ausführungen Wort für Wort: Wir können nur hoffen, daß die Zwangsläufigkeit der Ereignisse auch die Gegner der heutigen Regierungspolitik davon überzeugen möge, daß es keine anderen Weg zur Befreiung Deutschlands gibt als den, den die Regierung entschlossen geht. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Sozialdemokratie hat in Wahrheit der Interessen der Arbeiter die Annahme des Sachverständigengutachtens gefordert, und sie wird im Interesse der Arbeiter, ohne nach rechts oder nach links zu sehen, ihre Energie auf diesen einen Punkt konzentrieren. Dieser Punkt, auf den sich die Regierung in ihrer Erklärung beschränkt, kann daher der Billigung der sozialdemokratischen Fraktion sicher sein. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt, die Stellungnahme der Reichsregierung zum Sachverständigenbericht für grundständig richtig. Die deutsche Wirtschaftslage sei unbeschreiblich trübselig, die Regelung der außenpolitischen Fragen habe vitalen Interesse, und der innere Wiederaufbau auf nationalem und sozialem Gebiet sei von der Ordnung der Reparationsfrage abhängig.

Die Folgen des Zinswuchers.

Zerstörung des Wirtschaftslebens. - Unterbindung der Konkurrenzfähigkeit. - Verteuerung der Lebenshaltung. - Notwendige Maßnahmen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Danzig könnten seit längerer Zeit recht erfreulich sein. Tatsächlich sind sie aber außerordentlich ungünstig. Die Schuld lag früher an dem Fehlen einer eigenen Währung. Mit Einführung der Danziger Währung durften wir bestimmt auf eine sehr erhebliche Besserung rechnen. Eine Besserung ist eingetreten, aber lange nicht in dem Umfange, wie wir sie erwarten durften. Das liegt nicht an der Währung, die man als gut bezeichnen darf. Die Schuld liegt vielmehr an der Verwaltung der Währung. Alle wirtschaftlichen Kreise sind mit Recht unzufrieden: die Industriellen, die Kaufleute, die Landwirte, die Handwerker, die vielen Arbeitslosen. Selbst die einzigen Nutznießer dieser Zustände, die Banken, fühlen sich unbehaglich, weil sie wissen oder doch empfinden, daß es so nicht mehr lange weiter gehen kann.

Die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse werden bemüht oder unbemüht künstlich aufrecht erhalten. Eine Besserung könnte sofort und leicht eintreten. Das Hauptgeschwür ist der Zinswucher. Zinsen bis 120 und mehr Prozent sind unerhört und, nach ihrer Wirkung, verbrecherisch. Der Zinsfuß überträgt sich auf das ganze Anlage- und Betriebskapital. Er muß auf die Verkaufspreise weiter übertragen werden, die dann um diese Summen steigen. Die Lebertragenden haben davon keinen Vorteil, nur die Zinswucherer genießen ihn. Die ganze Last fällt schließlich auf die Warenkäufer. Dadurch aber wird ihre Kaufkraft geschwächt und der Warenumsatz entsprechend gemindert. Die Erzeugnisse müssen ihre Arbeiter einschränken und die Arbeiter entlassen. Die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland wird unmöglich gemacht. Die Folge ist Betriebs Einschränkung und Arbeitslosigkeit mit Lohnverdrängung. Dadurch entsteht dann eine weitere Schwächung der Kaufkraft. In Danzig besteht man bereits Waren aus England, Frankreich und der Tschechoslowakei billiger als aus Deutschland oder aus Danzig.

Die Hauptaufgabe der Währungsverwaltung ist nicht die Sorge für die Drittbedeckung, sondern für die Unveränderlichkeit der Kaufkraft des Geldes. Der Dollar ist halt nur mit 33 Prozent mit 133 Prozent mit Gold gedeckt und trotzdem beträgt die Kaufkraft des Dollars nur etwa 68 Prozent derjenigen der Vorkriegszeit. Auch unser Gulden ist übermäßig gedeckt, seine Kaufkraft aber erheblich geringer, als sie sein müßte. Und diese Kaufkraft sinkt immer weiter. Wir erleben den merkwürdigen Fall, daß der Wechselkurs zwischen Gulden und Pfund fest bleibt, die Kaufkraft des Guldens dem Pfunde gegenüber aber ständig sinkt. Diese Wertminderbarkeit erklärt sich durch den Zinswucher mit seiner Preissteigerung. Mit dem Verschwinden des Zinswuchers würde sich die Kaufkraft des Guldens sofort heben. Die Währungsverwaltung aber prüft ausweichend nicht einmal, ob die Kaufkraft unverändert bleibt, geschweige, daß sie in dieser Richtung etwas unternimmt, wozu sie die Macht hat.

Die Danziger Notenbank hat ferner die Aufgabe, den Geldumsatz im Kreislauf zu regeln. Durch die richtige Verwaltung der Währung kann man das Wirtschaftsleben gesund machen und durch das Gegenteil zerstören. Geld muß ausreichend im Verkehr sein und zu dem geringsten möglichen Zinsfuß. Mit der Höhe des Zinsfußes steigt die Unerschöpfbarkeit des Geldes. Der Geldumsatz wird dadurch nicht geregelt, sondern gestört. Die Danziger Notenbank hat aber zur Senkung des Zinsfußes nichts getan. Das bedeutet aber eine mittelbare Unterstützung des Zinswuchers. Die Bank von Danzig steht mit der Bank von England in enger Beziehung. Der Zinsfuß der englischen Notenbank mit 4 Prozent müßte auch für die Danziger Notenbank maßgebend sein, auch sie hätte den Zinsfuß auf 4 Prozent festsetzen müssen. Sie ist dazu auch in der Lage, denn ihr kostet das Geld nur die Druckkosten. Die Privatbanken müßten dann das Geld für 5 bis 6 Prozent im Jahre geben. Die Bank von Danzig nimmt aber den ungewöhnlich hohen Zinsfuß von 12 Prozent und läßt es geschehen, daß die Privatbanken dieses Geld für 30 bis 120 Prozent weiter verkaufen.

Die Notenbank ist ferner berechtigt, etwa 33 Millionen Gulden in den Verkehr zu geben. Sie hat aber nur etwa 16 Millionen in den Verkehr gebracht. Dadurch hat sie das Geld nicht nur verteuert, sondern es auch knapp gemacht. Hätte sie das Gegenteil getan, dann würde die Wirtschaft gedeihen und die Arbeitslosigkeit würde verschwinden. Wenn dann die Kaufkraft des Guldens gestiegen ist, würde auch wieder das Sparen beginnen, ohne das untaugliche und gewinnlose Mittel einer Zinswucherung.

Durch diese Verwaltung der Währung und der Notenbank wird ferner eine große Gefahr für die Bank von Danzig herbeigeführt. Dieser Bank ist ein Füllhorn glänzender Ausschüßel bei der Gründung und Eröffnung in den Schöpfgeschäften worden. Eine der schönsten Lebensaufgaben müßte es sein, die wirtschaftliche Macht dieser Notenbank zu vergrößern zu dem Zweck, Danzigs Wirtschaft glanzvoll zu gestalten und Danzig zu einem Weltmarkt zu entwickeln. Die Rivalität und Konkurrenzfähigkeit, verbunden mit Hochmut, mit der die Verwaltung ihr Amt antrat und führte, ist aber kaum zu übersehen. Ähnlich liegt es bezüglich des Mangels an geschäftlicher Voraussicht. Es war voraus zu sehen, daß bei einer derartigen Zinspolitik die Aktien der Notenbank so gewaltig sinken und das Vertrauen zur Notenbank leiden mußte. Es soll aber warrend darauf hingewiesen werden, welche weitere Folgen entstehen müssen, wenn in der Verwaltung nicht eine gründliche Umwandlung eintritt. Die Bank von Danzig ist verpflichtet, den Wechselkurs Gulden mit Pfund = 25 zu 1 zu erhalten. Die Verwaltung weiß anscheinend wirklich nicht, daß dies nur möglich ist, wenn die Kaufkraft des Guldens in Danzig ständig der Kaufkraft des Pfundes in England entspricht. Das ist aber nicht der Fall. Die Kaufkraft des Guldens sinkt fortgesetzt im Innlande durch die gewaltigen Zinspolitik der Danziger Notenbank. Wenn dieser Zustand noch kurze Zeit andauert, dann werden ihn sich die Warenausfuhranten und noch mehr die Gelbeskulantanten zunutze machen. Der Weg ist sehr einfach und klar, wie man so als Notenbankgenosse oder Arbeit Millionär werden kann. Die Gefahr ist das Geschäft auch im Innlande. Die ganzen Spekulationsgewinne gehen aber auf Kosten der Danziger Arbeiter, die sehr bald ihr ganzes Vermögen verlieren müßte. Die Folgen kann sich jeder ausmalen.

Mit vollem Recht legt man in Danzig großen Wert darauf, die Danziger Währung keiner Gefahr aussetzen, sondern sie zu heiligen und anzugehen. Das kann natürlich nicht dadurch geschehen, daß man die Klar vor Augen liegende Gefahr vertuscht und den Zusammenbruch abwartet, sondern indem man warnend auf die Gefahr hinweist. Es habe das Verhältnis gekau, ohne wahrbare Wirkung, und die in diesen Tagen die Freiheit kennen

und ... Die Währung wäre auch miserabel, die nicht den Lustzug öffentlicher Kritik verträge. Die Danziger Währung aber braucht diesen Lustzug nicht zu scheuen. Für unsere Währung gibt es nur eine Gefahr: die Fortsetzung der bisherigen Politik der Verwaltung der Währung und der Notenbank. Diese Gefahren sind vorstehend angedeutet. Wir könnten eine gefestigte Währung verlieren. Unser Wirtschaftsleben würde weiter ruiniert werden. Der Völkerverbund würde das Vertrauen zu unserer Fähigkeit, eine Währung richtig zu verwalten, verlieren. Die weiteren Folgen könnte man sich ausdenken.

Was soll nun geschehen? Die nächsten sind die Aktionäre der Bank von Danzig, soweit sie nicht selber Inhaber oder Teilhaber von Privatbanken sind. Sie sollten beschleunigt zusammentreten und etwa folgende Forderungen stellen:

1. Die Danziger Notenbank muß ersucht werden, sofort den Bankdiskont der Bank von England einzuführen, Zinsfuß 4 Prozent.
2. Die Notenbank soll ferner an jeden ordentlichen Geschäftsmann, nach Maßgabe der Bestimmungen der Bank über den Geschäftsvorkehr, Geld geben, ohne den Zwang, daß der Wechsel eine Bankunterschrift trägt.
3. Die Notenbank soll nur an diejenigen Privatbanken Geld geben, die sich verpflichten, es mit einem Aufschlag von 1 Prozent für das Jahr weiter zu leihen.
4. Die Notenbank soll die volle zulässige Geldmenge in den Verkehr geben.
5. Die Notenbank hat nicht die Verpflichtung, die Danziger Privatbanken in jetziger Zahl zu erhalten, sondern die Verpflichtung, die Danziger Volkswirtschaft und den Staat gesund zu machen und zu erhalten. Die Notenbank soll deshalb die Bankvertreter auf diese Lage hinweisen und ihnen empfehlen, sich durch Zusammenschluß an Zahl zu verringern, indem etwa aus 15 Banken eine gebildet wird.
6. Die Aktionäre der Bank von Danzig sollten die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung beantragen mit folgender Tagesordnung: a) Aussprache über die allgemeine Lage und Tätigkeit der Bank; b) Beschlußfassung über die Einberufung einer weiteren außerordentlichen Hauptversammlung zur Satzungsänderung.
7. Die Satzung soll in folgender Weise geändert werden: a) Die Aktionäre können nur persönlich ihr Stimmrecht ausüben. Uebertragungen dieses Rechts sind nicht zulässig. b) Mitglieder des Aufsichtsrats und des Bankausschusses dürfen nur Aktionäre werden, die ihren ständigen Wohnsitz in Danzig haben. c) In den Wahlvorschlügen für den Aufsichtsrat müssen alle Berufsgruppen vertreten sein, und zwar in folgendem Verhältnis: 10 Prozent Vertreter des Großhandels, 10 Prozent Vertreter des Kleinhandels, 20 Prozent Vertreter der Industrie, 10 Prozent Vertreter der Landwirtschaft, 10 Prozent Vertreter des Handwerks, 10 Prozent Vertreter der Banken, 10 Prozent Vertreter der Arbeiter, 10 Prozent Vertreter der Angestellten und freien Berufe, 10 Prozent Vertreter der Beamten.

- a) Die Wahlen müssen geheim sein.
- e) Die Verwaltung der Währung muß von der des Bankwesens zu einer besonderen Abteilung abgetrennt werden.
- f) Dem § 2 der Satzung muß hinzugefügt werden: Die vornehmste Aufgabe der Währungsabteilung ist, die Kaufkraft des Geldes unverändert zu erhalten und unter dieser Voraussetzung den Wechselkurs mit der englischen Währung zu festigen.

Was sollten die Industriellen, Kaufleute, Landwirte und sonstigen Gewerbetreibenden tun? Sie sollten sich zusammenschließen und mit geeinigten Sparkassen und Banken auf folgender Grundlage verhandeln: Sie wenden diesen Geldinstituten ihre ansehnliche Kundenschaft zu und erhalten dafür Geld mit einem Aufschlag von 1 Prozent über dem Zinsfuß der Bank von Danzig. Ferner sollten diese Kreise Aktien der Notenbank kaufen und in den Hauptversammlungen der Bank selber ihre Interessen vertreten.

Was soll die Rechtsprechung bzw. die Gesetzgebung tun? Sie sollen das Geld als „Gegenstand des täglichen Bedarfs“ anerkennen und damit auch die Geldgesetze der Preistreiberverordnung unterstellen.

Schiedspruch für die Eisenbahner.

Der Schlichtungsausschuß hat in seiner Sitzung am 4. Juni die Löhne der bei der polnischen Staatsbahndirektion Danzig beschäftigten Lohnbediensteten in den Gruppen von 1 bis 8 b um je 2 Pfennig erhöht. Die sozialen Zulagen und der Beamtenzuschlag bleiben in der bisherigen Höhe bestehen. Dieser Schiedspruch hat Gültigkeit vom 1. Mai und wurde von den Gewerkschaften angenommen.

Der zahlungsunfähige Senat. Die Kriminalbeamten sollen wegen der starken Abnutzung ihrer Kleidung ein Kleidergeld erhalten. Da der Senat dieses für die Zeit vom 1. November v. J. bis zum 31. März d. J. noch nicht zur Auszahlung gebracht hat, so ist im Volkstag eine kleine Anfrage gestellt, die wissen will, wann die Auszahlung erfolgen wird.

Die Zahlungschwierigkeiten der Dänker haben zwischen der Dänker in Danzig A.-G. und der Vereinigung der Gläubiger Verhandlungen stattgefunden, um einen Ausgleich herbeizuführen. Es soll den Gläubigern erlassen sein, Sicherheiten zu erlassen; jedoch dürfte die Mitteilung, daß keinerlei Verbindlichkeiten mehr bestehen, verfehlt sein. Am Freitag sollen erneut Verhandlungen stattfinden, von deren Ergebnis es abhängt, ob die Schwierigkeiten der Bank als behoben gelten können.

Schwer bekraste Reichsferiengeld. Der 17 Jahre alte Grubenarbeiter Edward Petermann aus Reddinghausen war gestern zum Besuch auf der Fahrt nach Danzig. Bei Gdingen benetzte sich P. aus dem fahrenden Zuge, wobei ihm der Hut vom Kopfe flog. Kurz entschlossen, aber unüberlegt, sprang er sofort aus dem Zuge, um den Hut zu retten. Er kam dabei aber so schwer zu Fall, daß er mit einem schweren Schädelbruch bewußungslos liegen blieb. P. wurde nach Danzig befördert, wo er im bedenklichen Zustande daniederliegt.

Politische Rache-Justiz.

6 Monate Gefängnis für eine Wahlkampf-Auseinandersetzung.

Ein Vorgang aus dem Wahlkampf anläßlich der Neuwahl des Volkstages hat jetzt in einem Gerichtsverfahren zu einer brutalen Verurteilung eines linksstehenden Arbeiters geführt. Es handelt sich um die auch in unserer Zeitung seinerzeit erwähnten Auseinandersetzungen über die Handhabung der Aseverteilung an die Driskamen in der Gemeinde Gütlland (Niederung). Wegen Beleidigung des dortigen Gemeindevorstehers, Pfarrers Dietrich, war der Arbeiter, Gen. Bartowski angeklagt. Dietrich hatte im vorigen Sommer als Gemeindevorsteher vom Landratsamt Käse erhalten, den er zu billigen Preisen an bedürftige Gemeindeglieder abgeben sollte. Einige Gemeindeglieder, die sich auch zu den Bedürftigen rechneten, erhielten jedoch keinen Käse. Hinzu kam, daß in einer Nachbargemeinde dieser Käse unentgeltlich an Bedürftige verteilt an Bedürftige verteilt wurde, zu allerlei Vermutungen über den Gütlländer Gemeindevorsteher Anlaß gab. Später erhielt der Gemeindevorsteher nochmals vom Landratsamt Käse zur Verteilung. Diesen bezahlte er merkwürdigerweise persönlich und bestellte sich vor ihn bestellig zu verwenden, angeblich, weil ihn die Mitbestimmung bei der ersten Verteilung verschmüpft hatte. In einer deutschnationalen Wahlversammlung, in der der Gemeindevorsteher den Vorsitz führte, trat nun Bartowski auf und fragte den Gemeindevorsteher, wo der Käse geblieben sei, den das Landratsamt geliefert habe. Diese Nachfrage faßte der Gemeindevorsteher als Verwurf der Unterwürdigkeit und als Beleidigung auf.

Ferner hatte Bartowski auch zu dem Arzt Dr. Kortender aus Hohenstein einige Äußerungen über die Käseverteilung getan. Der Arzt teilte diese dem Gemeindevorsteher mit, der darin nochmals eine Beleidigung erblickte. Schließlich griff Bartowski die Käsegeschäfte auch in einer sozialdemokratischen Wählerversammlung auf, worüber auch ein Bericht in der „Volksstimme“ erschien. Darauf stellte der Gemeindevorsteher Strafantrag gegen Bartowski. Die Sache wurde vom Gericht von vornherein für so schwer erachtet, daß sie nicht vor das Schöffengericht kam, sondern vor die Strafkammer, wodurch dem Angeklagten auch das Recht auf Berufung genommen wurde. Die Verhandlung ergab, daß der erst Käse an die anspruchsberechtigten Driskamen verteilt ist. Die zweite etwas merkwürdige Regelung klärte der Gemeindevorsteher dahingehend auf, daß er diesen Käse zu Weihnachten verschenkt habe, es waren 94 Pfund. An Schweine verfüttert habe er den Käse nicht. Das Gericht hielt die Beleidigung für so schwer, daß eine Geldstrafe nicht genüge und eine hohe Gefängnisstrafe verhängt werden müsse. Es wurde sogar auf 6 Monate Gefängnis erkannt.

Dieses Urteil muß als unerhört hart bezeichnet werden. Wenn sich im einzelnen die Behauptungen Bartowskis nicht als zureichend herausgestellt haben, so muß doch berücksichtigt werden, daß er seine Ausführungen auf starke Verdachtsmomente gründete und es ihm als Vertreter der Arbeiterschaft darauf ankam, diese Vorgänge zu klären. Erst wenn nachgewiesen würde, daß er die Behauptungen gegen besseres Wissen aufgestellt hat, würden die Momente einer schweren Beleidigung herangezogen werden können. So muß der Anschein entstehen, als wenn es mehr darauf ankam, den politischen Gegner des deutschnationalen Gemeindevorstehers mundtot zu machen. Anders ist das draconische Urteil, im Gegenjah zu den stets üblichen erheblich mildereren Strafen in Beleidigungsfällen, nicht zu verstehen.

Eine Erhöhung der Brotpreise

kündigen Bäcker-Znennung und Brotfabriken heute im Anzeigenteil unserer Zeitung an. Danach soll vom 6. Juni ab das Roggenbrot einheitlich 50 Pfg. kosten. Das helle Roggenbrot soll 2/4 und das dunkle 3/4 Pfund wiegen. Angeblich beträgt die Erhöhung für das Brot „nur 4 Pfg.“. Die Preise für Brötchen werden um 3 1/2 Prozent erhöht. Zur Begründung wird auf die gestiegenen Herstellungskosten verwiesen, worüber morgen noch Einzelheiten mitgeteilt werden sollen. Es wird dann noch näher auf diese neue Verteuerung der Lebenshaltung einzugehen sein.

Anhebung der Weichsel-Fährgebühren. Auf die im Volkstage gestellte kleine Anfrage über die unzulässige Erhebung von Fährgebühren auf den Weichselfähren antwortet jetzt der Senat, daß für die Benutzung der Dampfähre Schiewenhorst-Nickelswalde sowie auch der staatlichen Fähre in Schönbäum in Zukunft eine Gebühr nicht mehr erhoben werden wird.

Eine unbekannte Frau totesfahren. Am 3. Juni gegen 3 Uhr nachmittags wurde am Olivaer Tor eine bisher unbekannt gebliebene Frau von einem Kraftwagen, der von dem Chauffeur Erich Daus, Oliva, geführt wurde, überfahren. Die Frau ist kurz darauf an den erlittenen Verletzungen gestorben. Die tote führte keine Papiere bei sich und konnten die Personalien noch nicht festgestellt werden. Nach Augenschausagen trifft die Schuld den Führer Daus, der in betrunkenem Zustande von Oliva kommend in übermäßiger Fahrt von der linken Straßenseite am Olivaer Tor nach rechts gefahren ist. Von der Straßenseite dorthin wollte die Ueberfahrene die Straße überschreiten; in demselben Augenblick ist der Wagen herangekommen, ohne Warnungssignale abzugeben, so daß die Frau das Herannahen des Wagens gar nicht bemerkt hat. Daus wurde verhaftet.

Die Frau mit dem toten Kinde. Mit einem toten Kinde auf dem Arm wurde von der Polizei ein angeblich Alice Badziong heißendes, etwa 23jähriges Mädchen, das aus Kommereckn stammen will, festgenommen. Das Mädchen hat sich mehrere Wochen ohne Papiere und bettelnd in pommerellischen und Danziger Dörfern umhergetrieben. Ob das sechswohige Kind verhungert ist oder ein gewaltiges Ende gefunden hat, ist noch nicht festgestellt.

Polizeibericht vom 5. Juni 1924. Festgenommen 30 Personen; darunter 4 wegen Diebstahls, 2 wegen Unterschlagung, 1 wegen Körperverletzung, 1 wegen Brandstiftung, 1 wegen Betteln, 3 wegen Trunkenheit, 18 in Polizeihaft, 5 Personen obdanklos.

Standesamt vom 4. Juni 1924.

Todesfälle. Frau Emilie Niebuhr geb. Klein, 28 J. 9 M. - S. b. verstorb. Oberfeuerwehrmannes Johann Witt, 6 J. - Invalide Rudolf Horn, 67 J. 6 Mon. - Arbeiter Gustav Klatt, 38 J. 8 Mon. - Kleinrentner Alexander Pawlitzki, 82 J. 6 Mon. - Bäcker Artur Grieben, 28 J. 10 Mon. - S. d. Fleischer Paul Grub, 4 J.

Wirtschaft, Handel, Schifffahrt

Ueber die Lage der deutschen Wirtschaft geben die Monatsberichte der wichtigsten Handelskammern folgende interessante Einzelheiten: Die Nachfrage in der chemischen Industrie war reger, jedoch litt das Inlandsgegeschft außerordentlich unter der herrschenden Kapital- und Kreditnot. Das Auslandsgegeschft ist trotz der zurzeit damit verbundenen Verluste aufrechterhalten, um am Markt zu bleiben. Die Produktion an Düngeemitteln ging weiter zurück, und der Absatz ließ nach infolge der schwierigen Lage der Landwirtschaft. Der Verkauf von Farbstoffen war im allgemeinen noch befriedigend, namentlich der nach dem Auslande. Es liegen aber Anzeichen für einen weiteren Rückgang der Farbstoffgeschäfte vor. — Auf dem Holzmarkt und in der Sägewerkindustrie flaute das Geschft Ende April stark ab und wurde im Laufe des Mai noch schwächer. Das Bauholzgeschft blieb vollkommen still, ebenso das Exportgeschft. Auf dem Papiermarkt wurden einzelne Abschlüsse getätigt, das Grubenholzgeschft blieb weiter still. In der Zelluloseindustrie hielt die etwas lebhafte Inlandskonjunktur an. — In der Papierindustrie war der Auftragsbestand durchweg gering. Wenn die unglückliche Lage weiter anhält, erscheint eine Betriebs Einschränkung bei vielen Werken unermeldlich. Die Preise sind gegen den Vormonat um 5 v. H. für Solfsäure und um 7 v. H. für Salzsäure erhöht worden. — Im Baum- und Holzhandel wich die lebhafte Nachfrage einer größeren Zurückhaltung der Käufer. Der Absatz im Einzelhandel ist wenig befriedigend. Viele Firmen, vorzugsweise Konfektionsfirmen, die in den letzten Monaten Lieferungsbestellungen bis in den Monat hinein erteilt hatten, zeigen das Bedauern, sich unter Umständen auf die völlig veränderte Lage ihrer Monopolverpflichtungen zu beziehen. — Auch in der Leinwandweberei war der Auftragsbestand vollkommen ungenügend. Es zeigt sich deutlich, daß die Liquidität vielfach zu große Verluste erlitten hat und daß nicht immer die Kreditnot, sondern Mangel an Betriebskapital die Ursache der Zahlungsunfähigkeit ist. — Die Schuhfabrikation arbeitete bisher noch in vollem Umfange. Da es aber schwer fällt, die fälligen Verbindlichkeiten pünktlich zu erfüllen, drängt alles nach Kürzung der Arbeitszeit und nach einem weitestgehenden Abbau. Die Lage der Mühlenindustrie hat sich wesentlich verbessert. Im Getreidehandel sind die Zufuhren sehr klein, die kleinen und mittleren Verkäufer haben ausverkauft, die großen Verkäufer haben zwar noch beträchtliche Vorräte, wollen diese aber nicht abstoßen. Im Tabakgeschäft hat sich die Absatzlage zu einer ernsten Krise ausgewirkt. Das Hotelgewerbe leidet nach wie vor unter der Unantheit der wirtschaftlichen Lage.

Die Besserung an der Berliner Börse. Seit langer Zeit konnte jetzt am Devisenmarkt wieder eine volle Befriedigung aller vorliegenden Aufträge festgestellt werden. Mit Dienstag haben die Reparierungen an der Berliner Börse ihr Ende erreicht. In Kabel Remittenz, worin bereits die Zuteilung auf 50 Prozent erhöht worden war, erfolgte nunmehr eine volle Zuteilung. Der Bedarf ist darauf um 50 Prozent zurückgegangen und kamen auch Devisen Remittenz in Höhe von 150 000 Dollar heraus. Soweit allerdings zu berücksichtigen, findet in Kabel Remittenz und auch London noch nicht völlig ein Ausgleich im Markt statt, so daß die Reichsbank diesen herbeizuführen muß, um eine volle Zuteilung zu ermöglichen. In Amsterdam kamen etwa 300 000 Gulden während der amtlichen Notierung heraus. Auch in anderen Valuten zeigte sich Abnahme, unter deren Druck verschiedentlich sogar der Kurs herabgesetzt werden mußte.

Die kurze Annahme der Konkurrenz in Deutschland. Am 1. und 2. April in Deutschland 22 Konkurrenz eröffnet worden, darunter 133 Konkurrenz im April und ca. 700 bis 800 Konkurrenz pro Monat in der Konkurrenzzeit. Die an sich neuen April herabgesetzt erhöhte Differenz nicht jedoch das mehr über das Ausmaß der sich geltend machenden Konkurrenz. Da die noch seit dem Krieg her bestehende Geschäftsauffahrt eine große Anzahl von Konkurrenz ungenügend verhindert hat, hinzugetreten sind. In den letzten Monaten wurden an Konkurrenz eröffnet: Am 1. November 8, Dezember 17, Januar 21, Februar 41, März 49, April 122, Mai 122.

Die Wirtschaftskrise in Ostpreußen. In Ostpreußen fand eine Konferenz der Betriebsräte statt. Erörterten waren 400 Delegationen. Die Konferenz nahm ein Projekt der obersten Reichsbehörden an, nach dem der Prozentsatz der Arbeiter 10 Prozent der Güterarbeiter 12 bis 22 Prozent betragen soll. Die Konferenz drückte die Stimmung aus, daß in aller nächster Zeit Kaufleute und Gewerbetreibende

einen Preisabbau in die Wege leiten werden und beschloß ferner, eine Abstimmung durchzuführen, ob in den Streit getreten werden soll. Die Konferenz forderte die Zentralregierung auf, die Industriellen zu beeinflussen, daß die Reparationen aufhören und mit der Inkraftsetzung der Abmachung bis 1. Juni zu warten, bis das Ergebnis der Streitabstimmung bekannt ist. Die Konferenz verlangte ferner von der Zentralregierung, zukünftig alle Regierungsabteilungen innerhalb des Landes anzugehen.

Polens Handel mit England ist Gegenstand eines Artikels der „Gazeta Warszawska“, die der Ansicht ist, daß der Handel zwischen beiden Staaten sehr gering sei, was an der Unkenntnis der polnischen Kaufleute bezüglich des englischen Marktes liegt, jedoch Polen bis jetzt auf die Vermittlung des ausländischen (deutschen) Zwischenhandels angewiesen war. Die Gesellschaft der polnischen Kaufleute organisiert daher einen größeren Ausflug nach England, der der Anknüpfung direkter Beziehungen dienen soll.

Liquidation einer großen schwedischen Schiffswerft. Wie aus Stockholm gemeldet wird, hat die große schwedische Schiffswerft Berglunds Melaniska Verkstäds Akt.-Ges. in ihrer letzten Generalversammlung beschlossen, in Liquidation zu treten. Infolge der Betriebsverluste der letzten Jahre gilt das gesamte Aktienkapital von 3,75 Millionen Kronen als verloren. Da die Gesellschaft jedoch umfangreichen Grundbesitz im Wert von rund 4 Millionen Kronen besitzt, wird sie als Grundstücks-Gesellschaft weiter bestehen und auf dem ihr gehörenden Areal außerdem die Reparaturen von Fahrzeugen betreiben.

Krisis in der Thüringer Spielwarenindustrie. In der Spielwarenindustrie des Sonneberger Bezirks, die stark auf den Export angewiesen ist, herrscht seit Eintritt der Währungsinstabilität eine furchtbare Krise, die eine wachsende Arbeitslosigkeit mit sich zu bringen droht. Im Kriegsjahr lag die Spielwarenindustrie fast ganz still; auch die Inflationsperiode brachte nur eine Scheinblüte.

Zufuhr nach Spanien. Zur Deckung des in den letzten Monaten merklich gestiegenen Bedarfs hat die spanische Regierung die Erlaubnis erteilt, demnächst eine Einfuhrbewilligung von Zucker in Höhe von 300 000 Ztr. zu erteilen. Der Zucker wird nach Barcelona transportiert werden.

Gewerkschaftliches u. Soziales

Der Kampf gegen die Gewerkschaftsleiter. Der Kampf gegen die Spaltungsstendenzen der SPD. hat jetzt allgemein eingesetzt. Vor einigen Tagen fand im Chemnitzer Volkshaus eine Gewerkschaftsversammlung statt, die von rund 150 Gewerkschaftsführern besucht war. Ein Vorstandmitglied des RWV wandte sich in einem Vortrag scharf gegen die kommunistischen Gewerkschaftsleiter, die das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Gewerkschaften systematisch untergraben und die Gewerkschaften zum Zusammenbruch politischer Auseinandersetzungen machen. Sie wollen, daß die Gewerkschaften ausführende Organe ihrer politischen Kämpfe werden. Der Kampf gegen die natürlichen Gegner werde dadurch in den Hintergrund geschoben und teilweise unmöglich gemacht. Die Toleranz gegen die Pervertierten müsse aufhören. Man dürfe diesem Treiben nicht mehr tatenlos zusehen. Die Gewerkschaften müssen von denjenigen Elementen befreit werden, die heftig die Gewerkschaften zertrümmern und aktionsunfähig machen wollen. Es wird und muß mit ihnen ein Ende gemacht werden, die an den Beschlüssen und Satzungen der Gewerkschaften rütteln.

Verbandsrat der deutschen Dachdecker. Am idyllisch gelegenen Reichsarbeiterjugendheim Schloss Lämmich in Thüringen hat der 14. Verbandsrat des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands stattgefunden. Es war eine recht umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Vor allen Dingen soll die schon seit Jahren in der Schwebe befindliche Frage des Anschlusses an den Bauernverband bearbeitet werden. Ferner handelte es sich um die Stellungnahme zum Reichstagswahlgesetz. Nicht weniger als 40 Anträge befanden sich mit Statutenänderungen von zum Teil recht einschneidender Bedeutung. Unter den besonderen Anträgen befanden sich solche, die eine heftige Debatte auslösten, die „Opposition“ und der gewerkschaftlichen Richtung herbeiführten. Von den Teilnehmern am Verbandsrat bekannten sich politisch zur SPD, 23 zur NSDAP, 1 zur KPD, 5 während drei zurzeit nicht politisch organisiert sind. Dem Geschäftsbericht der letzten beiden Jahre war zu entnehmen, daß der Verband infolge der schwierigen Verhältnisse sehr zu kämpfen gehabt hat. Trotz der großen Arbeitslosigkeit im letzten Jahre, die zeitweise bis zu 90 Prozent betrug, und die viele Dachdecker in andere Berufe abwandern ließ, ist aber der

alte Mitgliederbestand zahlenmäßig ziemlich gehalten worden. Ueber den Geschäfts- und Kassenbericht setzte eine ausgiebige Debatte ein, die sich in ruhigen Bahnen bewegte und schließlich damit endete, daß bei der Abstimmung dem Vorstande für die Geschäftsführung einstimmig Anerkennung ausgesprochen wurde. Auch die Opposition, die in der Debatte mit ihrer Kritik nicht zurückblieb, schenkte dem Vorstande ihr ferneres Vertrauen. Ueber den Reichstagswahlentscheid sprach eine längere Aussprache, in der zum Teil recht verschiedene Ansichten zutage traten und eine gegenständliche Beurteilung über einen Reichstagswahl zwischen den westdeutschen und den übrigen Gauen erkennen ließ. Hierauf beschäftigte man sich mit dem Antrage an den Bauernverband, nach langer Debatte fand ein Antrag Annahme, wonach im Sommer 1925 eine Urabstimmung stattfinden soll, bei der die Zweidrittelmehrheit entscheiden soll. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Bei den weiteren Verhandlungen beschäftigte man sich mit den von den Kassen gestellten zahlreichen Anträgen zum Statut und schuf dabei manche recht bemerkenswerten Änderungen.

Vor neuen Wirtschaftskämpfen im Saargebiet. Der Arbeitgeberverband der Saarindustrie hat den Tarif vom 28. Juni 1921 mit der Lohnvereinbarung vom 15. Februar zum 30. Juni gekündigt. Eine gleichzeitige Kündigung des Manteltarifs ist nicht erfolgt. Gleichzeitig ist die Vermittlung des Schlichtungsausschusses angerufen worden mit dem Antrage, anzuerkennen, daß eine angemessene Herabsetzung der Löhne vom 16. Juni eintritt, da sonst erhebliche Betriebs Einschränkungen erfolgen müßten.

Die Kämpfe im Schweizer Bauergewerbe. Bei den Holzarbeitern wurden die Lohnbewegungen in verschiedenen Orten mit Vorkerkörungen und Forderungserhöhungen erledigt, in anderen Orten sind die Unterhandlungen noch im Gange. In einem der größeren Orte dürfte es jedenfalls ohne Arbeitsunterbrechung nicht abgehen. Bei den Bauarbeitern sind ebenfalls noch einige Bewegungen unerledigt. In Winterthur sind die Bauarbeiter seit 3 Wochen im Streik zur Abwehr verlängerter Arbeitszeit. In Winterthur, Baden und Berner Oberland haben Betriebsaktionen eingesetzt. Die Sperre über all diese Orte bleibt aufrechterhalten. Die Arbeiter in Zürich sind nunmehr seit 7 Wochen im Streik. Bisherige Unterhandlungen führten zu keinem Resultat. Der Arbeiterstreik in Zürich mußte nach 9 Wochen abgebrochen werden; Grund: allzu große Zahl von Streikbrechern und geschlossenes Vorgehen der Unternehmer, Architekten und Banken, samt Volksgewalt. Die Steinbauer in Bern und Umgebung streiken ebenfalls; eingeleitete Verhandlungen führten zu keinem annehmbaren Resultat. Die Bewegung der Marmorarbeiter ist erledigt, der Landesvertrag wurde um ein weiteres Jahr erneuert.

Matrosen- und Generalkrieg in Griechenland. Die Matrosen im Piräus sind in den Aufstand getreten. Ihrem Beispiel haben sofort die Matrosen in einer Reihe anderer griechischer Häfen Folge geleistet. Die Eisenbahner von Mazedonien und die Straßenbahnarbeiter von Saloniki haben beschlossen, in einen Generalstreik zu treten. Die Tabakarbeiter von Samala, die seit einiger Zeit ausgebeutet sind, aber von den Arbeitgebern aufzufordern wurden, die Arbeit aufzunehmen, haben ihrerseits beschlossen, sich dem Generalstreik anzuschließen. Zahlreiche Schiffe sind infolge des Aufstandes am Ausladen verhindert. Die Regierung hat Soldaten an Bord der Schiffe geschickt, um die Streikenden an Ausschreitungen zu verhindern.

Die Ausbreitung der Volksbühnenbewegung. Die Sehnsucht nach wertvollen Kulturwerten, die allmählich immer weitere Volkstheater erfährt, hat in den letzten Wochen und Monaten zu einer überaus erfreulichen Ausbreitung der Volksbühnenbewegung geführt. In den verschiedensten Landesteilen wurden in letzter Zeit Volksbühnengemeinden gegründet und dem Verband der deutschen Volksbühnenvereine eingegliedert. Besonders in Mitteldeutschland ist in dieser Hinsicht Vorbildliches geleistet worden. Seitdem vor kurzem in Halle a. S. ein mitteldeutsches Bezirkssekretariat der freien Volksbühnen geschaffen worden ist, sind in zahlreichen Orten im Freistaat Thüringen und in der Provinz Sachsen Neugründungen von Volksbühnen erfolgt und wertvolle Verbindungen in zahlreichen, auch kleinen ländlichen Orten Mitteldeutschlands, die bisher vom Theaterleben völlig abgeschnitten waren, geschaffen worden, um dort gelegentliche Volksspiele von auswärtigen Theater zu ermöglichen. Schließlich gastiert jetzt auch in Oberhessen ein Wandertheater unter dem Namen „Oberhessische Volksspiele“ im Auftrage des Verbandes der Deutschen Volksbühnenvereine, das in erster Linie die Volksbühnengemeinden der theaterlosen Städte versorgt. Diese rühmlichen Beispiele verdienen höchste Nachahmung.

Das Zinswesen in früherer Zeit.

Von Anna Bloß, Stuttgart.

Der große Geldmangel, unter dem wir leiden, bringt es mit sich, daß heute Zinsen verlangt werden, die wir vor kurzer Zeit noch als Wunderzinsen bezeichnet hätten. Allerdings sind die heute berechneten Zinsen noch nicht so hoch wie im Mittelalter, wo zum Beispiel im Jahre 1244 den Juden ein Höchstzins von 14 1/2 Prozent vorgeschrieben wurde. Der Rheinische Städtebund verbot 1255 einen geringeren Zinsfuß durchzusetzen, und zwar sollte kein Jude für kurzfristige Darlehen mehr als 33 1/2 Prozent fordern dürfen. Es hieß dabei ausdrücklich, daß eine solche Forderung für die Juden notwendig sei, weil die „christlichen Bucherer“ durch kirchliche und weltliche Strafen zur Rückzahlung der Zinsen gezwungen werden könnten, denen die Juden nicht unterliegen.

Es gab aber vor- und nachher Stimmen genug, die sich gegen jedes Zinsnehmen aussprachen. Schon Moses verlangte, daß Zinsen nur von Fremden, nicht aber von Stammesangehörigen gefordert werden dürften. Nach David sollte nur der auf dem Heiligen Berge lebende, der kein Geld nicht auf Zinsen leihet. Christus befehlt: „Leibet, daß ihr nichts dafür hattet.“

Schon geistlich im Jahre 350 der heilige Gregor von Rom den Kapitalausleiher: „Mühsal und unerträglich ist das Leben des auf Zinsen Ausleihenden. Er kennt nicht die Arbeit des Feldes und hat auch keinerlei Einsicht in das Wesen des Handels; an einem Platzen bleibt er sitzen und flüchtet höchstens seine Handtücher. Ohne zu wissen und zu wollen, will er, daß ihm alles wachse. Als Pilze hat er den schreibseligen, als Ackerland sein Vaster, als Sonne die Erde, als Regen die Zeit, die ihm auf geheimnisvolle Weise seine Einkünfte vermehrt. Stichel ist ihm die Schuldberechnung, und Fenne, das ist ihm das Geld, in welchem er den Reiz des Bedürfnisses verringert. Das, was Gemeinam aller ist, hebt er als sein Eigentum an.“

Später nahmen verschiedene Konzile energisch Stellung gegen das Zinsnehmen. Ein solches bestimmte 1140: „Der Zins nimmt, soll aus der Kirche ausgeschlossen werden.“ Nur nach demnach wurde die Aufnahme wieder möglich sein. Einem nicht bußfertigen Zinsnehmer sollte sogar das christliche Beerdigungsrecht verweigert werden.

Die Reformationszeit brachte die alte Volksvorstellung der Kapitalisten gegenüber zu verdrängen: „Das verheißt die Schrift, daß die Erde dem Gerechten gegeben ist.“ Das verheißt die Schrift, daß die Erde dem Gerechten gegeben ist. „Das verheißt die Schrift, daß die Erde dem Gerechten gegeben ist.“

Die Reformationszeit brachte die alte Volksvorstellung der Kapitalisten gegenüber zu verdrängen: „Das verheißt die Schrift, daß die Erde dem Gerechten gegeben ist.“ Das verheißt die Schrift, daß die Erde dem Gerechten gegeben ist.

den andern, und das alles mit aus der Erde oder von dem Vieh, das Gut mit in menschlichem Blut, sondern in Gottes Gebrechen steht.“

Unter „Bücher“ versteht Luther jeden Zins, auch den von 5, 6 oder 10 Prozent, der damals oft als eine Wohlthat empfunden wurde. Er zitiert Aristoteles: „Geld ist von Natur unrentierbar und mehret sich nicht, darum, wo es mehret, als im Bucher, da ist es wider die Natur des Geldes, denn es lebt und trägt nicht, wie ein Baum und Acker tut, der alle Jahre mehr gibt, denn er ist; denn er liebt nicht mühsal ohne Frucht, wie der Acker von Natur tut.“

Auch Winoli verwarf das Zinsnehmen, während Calvin es ausdrücklich rechtfertigte.

Bald aber mußte auch die Kirche die Berechtigung ihres Widerstandes einsehen gegenüber der Macht der großen Handelsstädte. Sie verurteilten sich die Kaiser. So kerkerten die Kaiser dem Kaiser Maximilian 1496 100 000 Gulden an einem Aug nach Italien vor, und als Karl V. Kaiser werden wollte, liehen sie ihm 4 Millionen. Ihr Handelsgewinn betrug von 1511 bis 1517 durchschnittlich 31 Prozent im Jahre. Das Innsbrucker Geschlecht der Welser ließ Karl V. 7 500 000 Gulden. Der Kapitalismus wurde durch Handelsmonopole und Handelsfreiheit immer mächtiger und von der weltlichen wie von der kirchlichen Obrigkeit geschützt.

In gleicher Zeit verteilten Pestiten das alte Zinsverbot. Peter Scherzer schrieb 1693: „Viele werden geküßelt, die keinen Zins bedürfen, wenn sie 5 oder 6 Gulden von 100 nehmen, sei es ein christlicher oder göttlicher Bücher. Kein nein, es steht da weder 6 noch 5, weder 4 noch 3; nichts, nichts soll man hoffen.“

Auch in unserer Zeit finden wir Stimmen, die sich gegen das Zinsnehmen erheben. Der Gründer der österreichischen christlich-sozialen Richtung, Karl von Vogelsang, erklärte 1881: „Der Zins hat die ganze Volkswirtschaft verflucht. Die soziale Moral ist zerstört, daß nur noch bei einzelnen eine Erinnerung daran vorhanden ist. An dieser Stunde muß unsere Gesellschaft umzuwandeln gehen. Der Zins ist der Ursprung der sozialen Frage.“

Friedrich Baumann schrieb 1890: „Wir zweifeln nicht daran, daß eine Zeit kommen wird, in der sich eine christliche Bewegung gegen den Zins erhebt.“

Wendt über die Arbeiter der Welt-Werke in Viena, laut 1904: „Zins ist die Ursache des Kapitalismus und dem Christentum ist es daher die Aufgabe, die Welt-Werke zu befreien.“

„Karl Marx hat die Ursache der sozialen Frage in der Ausbeutung der arbeitenden Klassen gesehen. Aus den seit Jahrhunderten

erfolglosen Kämpfen erkennen wir, wie eng Zins und Kapitalismus zusammenhängen und wie nur in der Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaftsordnung die Entwicklung einer gesunden Volkswirtschaft möglich ist.“

Kampf gegen den Kropf in Österreich. Der österreichische Staat will jetzt energisch gegen die Kropfkrankheit vorgehen. Zu diesem Zweck ist eine Kropfkommision ernannt worden, die aus Klerikern besteht und die dieser Tage ihre erste Sitzung abgehalten hat. Die Kleriker verpflichten sich sehr viel von der allgemeinen Einführung des jodierten Kochsalzes, „Jodsalz“ genannt, das künstlich aus allen Schmelzen unentgeltlich verabreicht werden soll und das auch vielen öffentlichen Institutionen in großen Mengen zuzuführen wird. Der Stadtphysiker Dr. Böhm von Wien machte die Mitteilung, daß nach einer Statistik in Wien selbst mehr als 50 Prozent aller Schulkinder mit Kropf befallen seien.

Krankheitsübertragung durch Papiergeld. Im Archiv für Hygiene veröffentlicht A. S. Kiefer bakteriologische Untersuchungen an Papiergeld, die die oft befürchtete Gefahr dieses Geldes als Keimträger nur bestätigen: das Papiergeld spielt dabei wahrscheinlich eine größere Rolle als viele andere Gebrauchsgegenstände unseres täglichen Bedarfs. 416 Geldstücke von verschiedenem Werte und Gebrauchsgang sind auf ihren Bakteriengehalt untersucht worden. Zwischen dem Gebrauchsgang der Scheine und der Zahl und Art der gebundenen Keime bestehen keine Beziehungen. Dagegen hat einen Einfluß die Größe des Papiers: glatten Scheine hatten weniger Bakterien an als gerippten. Andere Versuche wollten feststellen, wie lange Keime, die man zum Experiment auf das Papiergeld brachte, darauf lebensfähig bleiben. Es ergab sich, daß verschiedene Krankheitserreger mehrere Stunden bis viele Tage auf Papiergeld ihre Keimfähigkeit behalten.

Der elektrische Scheintod. Die vier elektrischen Schläge machen meistens den Eindruck von Toden, sind in der Regel aber nur Scheintod. Wenn irgendwo, müssen bei ihnen die Wiederbelebungsversuche sehr lange fortgesetzt werden. In zwei Fällen gelang es durch künstliche Atmung, die einmal eine Stunde lang in dem anderen Falle drei Stunden lang unterhalten wurde, die Opfer zu retten, obwohl in dem einen erst zehn Minuten nach dem Proß mit den Wiederbelebungsversuchen begonnen wurde. In beiden Fällen zeigte die Herzaktivität vor der Atmung wieder ein. Die Wiederbelebungsversuche beim elektrischen Scheintod müssen, wie viele Beispiele zeigen, sehr lange fortgesetzt werden, es man sie als befruchtbar angesehen darf.

Kleine Nachrichten

Lobesprung mit dem Fallschirm. Die Insel Brads bei Christiania war der Schauplatz einer aufregenden Fliegerkatastrophe. An Gegenwart einer großen Zuschauermenge sollte der junge Ingenieur Niels Vogt, der Sohn des norwegischen Gesandten in London, aus einem Flugzeug abspringen und mit einem Fallschirm auf dem Christianiafjord landen. In einer Höhe von 400 Metern sprang Vogt ab, aber zum Entsetzen des Publikums entfaltete sich der Schirm nicht, so daß der junge Mann mit rasender Geschwindigkeit in die Tiefe sauste. Er stürzte in das Wasser und war sofort tot.

Die Scharfrichter organisieren sich. Seit längerer Zeit schon werden die spanischen Henker mit Drohbriefen bombardiert, in denen ihnen wegen ihrer Anteilnahme an den Hinrichtungen verschiedener Anarchisten von deren Genossen der Tod angedroht wird. In Spanien gibt es neun amtlich angestellte Scharfrichter, die sich jetzt zu einem Schutzverband zusammenschlossen haben. Sie fordern außerdem Erhöhung der Gebühren unter Hinweis auf die gesteigerten Lebenskosten und die Gefahr, die mit der Ausübung ihres Berufs verbunden ist.

Tagung der Arbeitersportler. Der Arbeiterturn- und Sportbund hält zu Pfingsten seinen schon im Vorjahr fällig gewordenen Bundestag in Kassel ab. Der Bund hat sich in den letzten Jahren zu einer starken, fast alle modernen Formen des Turnens und Sports umfassenden Organisation entwickelt. Mehr als 600.000 Mitglieder über 14 Jahre, darunter 160.000 Jugendliche, sind in mehr als

6000 Vereinen vereinigt. Eine hochentwickelte Lehranstalt für die noch in diesem Jahre in Leipzig ein eigenes Gebäude mit allen modernen Einrichtungen erstellt werden soll, sorgt für die Ausbildung des technischen Nachwuchses und pflegt in besonderen die künstlerische Gymnastik. Der Bundestag dürfte in diesem Jahre besondere Bedeutung haben, weil auch hier politische Gegensätze sich entwickelt haben und zum Schaden der Bewegung zum Austrag kommen dürften.

Das Problem des Fernsehens gelöst? Nach einer Münchener Zeitungsmeldung hat der Konstrukteur Joseph Boehm das Problem des Fernsehens im gewissen Sinne gelöst. Danach ist es Boehm gelungen, unter Verwendung doppelschichtiger präparierter Platten und entsprechender Detektoranlage Bilder im Momentverfahren auf größter Entfernung zu übertragen.

Vom internationalen Boxkampf. Der mit großem Tamtam in die Welt gesehene Boxkampf des französischen Meisters Carpentier mit dem Amerikaner Tom Gibbons ist in Michigan City jetzt vor sich gegangen. Zwar fiel keine endgültige Entscheidung, doch dürfte der Kampf das Schicksal des großen Franzosen besiegelt haben. Amerikanischen Meinungen zufolge war Gibbons seinem Gegner händig überlegen und schickte ihn auch in der neunten Runde schwer getroffen zu Boden. — Ein weiterer Franzose, Eugen Criqui, mußte von seinem bisherigen Ruhm abgeben. Der aus Amerika zurückgekehrte Engländer Tanno Frubb stand ihm im Stadion von Buffalo in Paris im Ring gegenüber und schlug ihn nach anfänglich ausgeglichener Kampf in der 8. Runde mehrmals zu Boden, um ihm bald darauf den k.o. zu verlesen. — Einen unentschiedenen Ausgang nahm der gleichzeitig stattgefundene Kampf zwischen dem Eng-

länder Ted Sid Lewis und dem belgischen Europameister Piet Gobin. Das Treffen, das bei kühnem Regen vor sich ging, verlief wenig interessant und wurde in der Hauptsache im Glanz durchgeführt, so daß das Publikum sogar Stellung gegen beide Kämpfer nahm.

Der erste Passagierdampfer nach Petersburg. Als erster Dampfer nach Petersburg wird von Steffin am 7. Juni der Dampfer „Schlesien“ der Neuen Dampferkompanie abgehen.

Radio-Warnungsdienst im Bergwerk. Die zahlreichen Grubenunfälle haben zur Genüge gelehrt, in wie großer Gefahr sich leider gar zu oft die Leute unter Tag befinden, und wie schwer es heute ist, Katastrophen vorzubeugen oder bestimmte Warnungssignale in die Tiefen der Erde bringen zu lassen. In Amerika und in England hat man jetzt große angelegte Versuche unternommen, die drahtlose Telephonie in dieser Richtung hin, d. h. als gefahrverhütend auszunutzen. Die bisherigen Resultate haben insofern einen guten Erfolg gebracht, als es sehr wohl möglich war, bei einem fingierten Alarm die Bergleute schnell und anstreichend zu benachrichtigen, so daß eine Rettung im Falle wirklicher Gefahr guthin möglich gewesen wäre. Es ist nur nicht entschieden, ob man sich einer einzelnen Empfangstation in der Grube bedienen, oder an bestimmten Stellen in der Grube Lautsprecher aufstellen soll.

Verantwortlich: für Politik Ernst Zoops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Erik Weber, für Inserate Anton Kooßen sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl & Co., Danzig.

Leser, berücksichtigt die Inserenten unserer Zeitung.

Vollkommenheit kennzeichnet alle Schuhe der Marke

Leiser

„JKA“ Danziger Schuh-Actien-Gesellschaft

Alleinverkauf:
Langgasse 73



In diesem Zeichen verkörpert sich unsere berühmte Schuhmarke.

SEIDEL'S

KONFITOREI UND CAFÉ

Mokka-Salon im Parterre

Das elegante LUXUS-CAFÉ in der 1. Etage
Breitgasse 8-9 Telephone 3283

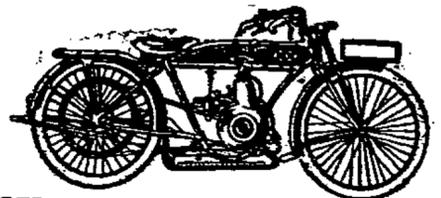


Danziger Edel-Likörfabrik

FRITZ REICH & CO.

Danzig, Poggenpohl 24/25

Telephone 596



DKW - Motorräder, weltberühmt

Generalvertrieb:
Danziger Automobil-Vertrieb, Kohlenmarkt Nr. 13

Hotel Danziger Hof

Größtes Haus am Platz
Post-Telefon in allen Zimmern

Wintergarten - Tanz-Palais

Elegantes Weinrestaurant

Fockingsalbe

Künstlerspiele

Erstklassiges Kabarett

Bonbonniere

Größte und eleganteste Bar im Freistaat

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz!

Ohne Gewähr!

A) Danziger Vorortverkehr

Danzig - Neufahrwasser

Ab Danzig: 1200, 130, 320 W, 500, 600 W, 600, 700 W, 800, 900, 1100,
1200, 1300, 200 W, 300, 300, 400, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000

Ab Neufahrwasser: 200, 300, 300, 600, 600 W, 700, 800 W, 900,
1000, 1200, 1200, 200 W, 300, 300, 400, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1100

Danzig - Prast

Ab Danzig: 400, 400 W, 500, 500 W, 600 W, 800, T 1000, 1200, 1300,
T 300, 400 W, 400, 600, T 800, 900, T 1000

Ab Prast: 400, 500 W, 600 W, 700, 800 W, 900, 1000, T 1100, 1200,
T 300, 400, 400, 600, 700, 800, T 900, T 1100

Hugo Dettlaff

Tel. 1807 DANZIG Tel. 1807
Altstadt, Graben 100

Prima Backmehle :: Mühlensfabrikate :: gut kochende
Hülsenfrüchte :: Saaten u. Futtermittel :: Heu :: Hacksel
Stroh :: Vogel-, Tauben- und Hühnerfutter.

W. Stremlow

Inh.: P. Reganzerowski
— Likör-Fabrik —
Pfeifferstadt 36/37 Fernsprecher 563



Größtes Modehaus Danzigs

Elegante Damen- und Herrenbekleidung — Damenputz — Wäsche

Partiewaren-Gelegenheitskäufe

Junkerstraße 1

Kleider, Hülsen, Röcke, Wäsche, Schürzen
Trikotagen

Berliner Pelzvertrieb

Danzig, Breitgasse 121. 1 Et. — Telefon 3137, 5639

Brotfabrikation

Danziger Brotfabrik G.m.b.H.

Königsplatz Nr. 7-8

Feinbäckerei

Danziger Aktien-Bierbrauerei

Größte Brauerei des Freistaats
Produktionsfähigkeit 150.000 hl

Spezialität

Artuspils

13% zart helles endvergorenes Charakterbier
in Fässern u. Flaschen

Danziger Aktien-Bierbrauerei

August Elias

Fernsprecher 2038 Danzig Fischmarkt 16-18

Billigste Bezugsquelle für Mannfaktur- und
Leinenwaren, Damen- u. Kinder-Konfektion
Wäsche, Weiß- und Wollwaren, Arbeiter-Konfektion

Photograph A. Klewer

Breitgasse, Ecke II. Danzig - Passbilder gut und schnell
Postkarten, beste Ausführung und billigste Preise

Danziger Fruchtgesellschaft m.b.H.

DANZIG, LANGER MARKT 24
Telefon Nr. 190, 194, 225 Telegr.-Adress: Krebszig Danzig

ABTEILUNG I:
Süßfrüchte und kalifornische Früchte aller Art en gros
ABTEILUNG II:
Kolonialwaren und Delikatessen en gros

Danziger Nachrichten

Der Religionsstreit im Schützenhaus.

Wie bereits kurz gemeldet, hatte die zu Dienstagabend im Schützenhaus angelegte Aussprache über die religionswissenschaftlichen Vorträge des Herrn Dr. von Gerdtel eine außerordentlich zahlreiche Zuhörerschaft herbeigezogen. Die Besucher wurden auch insofern nicht enttäuscht, als die Aussprache teilweise einen sehr bewegten Verlauf nahm, ohne daß sie jedoch zu einer tieferen Klärung der Meinungen führte. Beschämend war der Verlauf für diejenigen Personen in Danzig, die mit unläuterer, gewalttätigen Mitteln alles daran gesetzt hatten, die Vorträge dieses Mannes unmöglich zu machen. Der Besuch der Versammlung zeigte, daß sie im Gegenteil dazu beigetragen haben, die Auffassungen des Redners stark populärlich zu machen. Seine Lehren laufen in ihrem Endziel darauf hinaus, die Lehren Jesu in die Tat umzusetzen und eine neue neue Volkskirche zu gründen.

Das geht den Führern der bestehenden Kirchen natürlich gegen den Strich. Die bürgerliche Presse wurde dahingehend beeinflusst, selbst bezahlte Anzeigen für Vorträge nicht aufzunehmen. Bekannt ist auch, wie von katholischer Seite unter Führung des Senators und Dekans Sawacki sowie des Volkstonschea. Ewert versucht wurde, die Vorträge mit Hilfe eines von dem katholischen Arbeiterverein gestellten Sturmtrupps zu sprengen. Obwohl nun einzelne katholische und evangelische Geistliche einige Vorträge besuchten, verzichteten sie darauf, im Schützenhaus mit dem Vortragenden die Künge zu kreuzen.

Die Aussprache leitete Dr. v. Gerdtel auf Wunsch der Versammlung mit einem kurzen Überblick über seine Stellung zur Religion und seine bisherige Tätigkeit ein. Er tritt wie bekannt für ein einheitliches Christentum ein. Der Wandel dieses neuen Volkstentums war ursprünglich kirchlich; er machte dann die Examina der evangelischen und katholischen Theologie und war ein Jahr evangelischer Pfarrer. Dann brach er mit den Kirchen, weil sie ihm zu wenig kritisch waren. Seine Lebensaufgabe sehe er jetzt darin, eine neue Kirche mit freien Gemeinden zu schaffen. Er verbreitete sich dann noch über einzelne Fragen.

Als erster Redner meldete sich der evangelische Pfarrer Meyer. Er nahm jedoch davon Abstand, auf die Ausführungen des Redners einzugehen und gab namens der evangelischen Pfarrer nur eine dießfällige Erklärung ab. Danach erhoben diese Einsprüche nur gegen die angeblich „verschleierte“ Ankündigung der Vorträge. Die Vorträge hätten zwar wertvolle Anregungen gegeben, aber sie seien nicht ernst wissenschaftlich. Die Vorträge verließen auch gegen den evangelischen Geist. Eine Diskussion lehnten die Pfarrer ab unter ihrer „Würde“ ab! — Nach dieser Erklärung erwiderte sich der Pfarrer und verzichtete unter Aufgabe seiner ansehend nur schwachen Überzeugungskraft „mutig“ auf jede Vertretung seiner Ansichten. Man überließ es einer Theologin, einer armen schwachen Frau, die evangelische Kirche zu verteidigen. Dr. v. Gerdtel hatte es nicht nötig, die „Wortführer“ wirksam zurückzuweisen.

Dann folgte „Redner“ der nicht zum Thema sprachen, sondern ihre persönlichen Glaubensüberzeugungen vortragen. Der erste Redner, der sachlich zu den Vorträgen Stellung nahm, war Stadtrat Dr. v. Gerdtel, der als Vorsitzender des Vereins für Freiheit in der Landeskirche. Er fand Worte hoher Anerkennung für Dr. v. Gerdtel, der ihn annehmlich enttäuscht hätte. Weiter trug er seine abweichenden Meinungen vor. Das gleiche taten ein Studienrat Nest und ein Oberlehrer Horn. Dr. v. Gerdtel antwortete sofort jedem Redner, der etwas Sachliches vorgebracht hatte, wobei er die Mehrheit der Versammlung stets auf seiner Seite hatte. Die Religionsanhänger machten zwar mehrfach Färm, ohne jedoch mit ihren Stürmschwärmen Erfolge zu erzielen. Einen besonderen Punkt bildete das „Geschehnis“ der Zusammenkunft des einberufenden Komitees für Volksaufklärung. Es wurde darauf hingewiesen, daß dieses „Komitee“ von Vertretern der verschiedenen Freikirchenorganisationen gebildet ist und daß Dr. v. Gerdtel keine besonderen insonstigen Vorteile, wie es teilweise behauptet war, aus den Veranstaltungen ziehe. Ueber diesen Fragen zog sich die Versammlung bis gegen 1 Uhr hin. Sie dürfte stark dazu beigetragen haben, daß in der Bevölkerung mehr als bisher über die Fragen der Religion und Kirche nachgedacht und diskutiert wird.

Oberflächliche Gesetzesmacherei.

Der Senat veröffentlicht in den Tageszettungen einen Nachtrag zu dem Entwurf über die Reinigung öffentlicher Wege und Plätze in Danzig vom 5. Juli 1913. Dieser vom Senatspräsidenten Sahm und von Senator Dr. Leske unterzeichnete Nachtrag soll auf Grund der §§ 9 und 11 der Städteordnung sowie des § 16 des Autonomiegesetzes erlassen sein, wie dies ausdrücklich vermerkt wird. Es scheint dem Senatspräsidenten und Herrn Dr. Leske nicht bekannt zu sein, daß wir in Danzig ein Stadtbürgermeisteramt haben, das in seinem § 10 besagt, daß der § 9 wie der § 11, Abs. 2 der Städteordnung wie auch der § 16 des Autonomiegesetzes

für die Stadtgemeinde Danzig außer Kraft gesetzt worden sind.

Der Senat hat sich außerdem seinen vom 7. April gezeichneten Nachtrag wieder vom Bezirksausschuß, gez. Engelbrecht, genehmigen lassen, um dann den Nachtrag der Danziger Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen. Auch im § 40 des Stadtbürgermeistergesetzes ist der Bezirksausschuß als Aufsichtsstelle für die Stadtgemeinde Danzig aufgehoben worden. Der Bezirksausschuß hätte zunächst, als er die Vorlage von Herrn Sahm zur Genehmigung vorgelegt bekam, den Senatspräsidenten aufmerksam machen müssen, daß er dazu nicht zuständig sei. Hält er sich aber für zuständig, so hätte er doch zum mindesten Herrn Sahm auf seine Höhe bei der Verfertigung auf die bezeichneten Paragraphen der Städteordnung bzw. des Autonomiegesetzes hinweisen müssen. Oder hat er nicht dazu den Mut gefunden, weil es sich um den höchsten Vorgesetzten handelte? Der Senat und an seiner Spitze der erste Beamte des Staates scheinen sich also in einer ziemlichen Gefeszenkenntnis zu befinden. Wenn das geschieht am grünen Holz, was soll am dünnen werden?

Bereinigte Sozialdemokratische Partei Danzig

Freitag, den 6. Juni, abends 7 Uhr, im großen Saale des Maurerherberges, Schiffsdamm 28.

Große Funktionärsitzung

Tagesordnung:

Vortrag des Gen. Gehl: „Sozialdemokratie und Arbeiterausbildung.“

Sämtliche Funktionäre der Partei werden ersucht, zu erscheinen. Ausweisarten mitbringen.

Der Landesvorstand.

Eine Abänderung des Zuckersteuergesetzes.

strebt ein Gesetzentwurf an, der dem Volkstag vom Senat vorgelegt ist. Der Entwurf bezweckt, das bisherige Verfahren zur Feststellung der verkümmerten Zuckerproduktion der Zuckerfabriken dahin zu ändern, daß anstelle der amtlichen Bewachung eine Buchkontrolle eingeführt wird. Hierdurch sollen die vielfach in den Zuckerfabriken und Raffinerien als Bewachungsorgane tätigen Beamten erspart werden. Für den Freistaat Danzig kommen drei Zuckerfabriken und zwei Zuckerraffinerien in Frage. Bei den beiden zuletzt genannten sind ununterbrochen neun Beamte und in den drei Zuckerfabriken während der Campagne ebenfalls neun Beamte tätig. Diese Beamtenkräfte, zu denen noch die ständigen Abfertigungsbeamten kommen, könnten durch Einführung des seit einiger Zeit auch in Deutschland eingeführten Buchführungssystems frei werden und sollen dann an anderen Dienststellen verwendet werden, an denen Stellen frei sind oder besonderer Beamtenmangel herrscht.

Der Dampferverkehr Rognot-Deutschland.

Wie bereits mitgeteilt, hat der Dampfer „Gertka“, der im Passagierverkehr Danzig-Deutschland fährt, jetzt wieder am Rognot-Verkehr an und nicht mehr, wie bisher, in Reusfahrwasser. Der Dampfer fährt ab Rognot zweimal wöchentlich nach Pilsen und Emsenmünde. Am Dienstag und Freitag vorm. 11 Uhr 15 Min. trifft er aus Emsenmünde ein. Abfahrt nach Pilsen 12 Uhr Mittags. Ankunft in Pilsen-Safen 4 Uhr nachm. Am Mittwoch und Sonntag nachm. 3 Uhr trifft er aus Pilsen ein. Abfahrt nach Emsenmünde 3 Uhr 30 Min. Ankunft in Emsenmünde-Safen 8 Uhr 30 Min. vorm. am Donnerstag und Sonntag Ab Emsenmünde nach Rognot fährt der Dampfer jeden Montag und Donnerstag abends 7 Uhr.

Der Niederraum am Weststrassenmarkt setzte sich in der jüngsten Zeit weiter fort und hat dazu geführt, daß jetzt auch in Schiffsfahrtskreisen wieder eine pessimistischere Stimmung Platz greift. Ganz abgesehen davon, daß die monatliche Realisations an den Heberice-Barenmärkten für den internationalen Frachtenmarkt einen schweren Schlag bedeutet, sind auch die Hochkommermonate wenig oelantel, der Westschiffahrt größere Beschäftigungsmöglichkeiten zu geben. Schon vor dem Krise waren die Monate Juni-Juli-August für die Reeder eine sehr stille Zeit und heute kann man um so weniger hoffen, daß sich in der genannten Zeit die Frachtenlage bessert. Aber es ist im Vorauszusehen auch noch sehr zweifelhaft, ob die Herbstmonate eine Besserung bringen werden denn man darf nicht übersehen, daß das Hebericegebot an Schiffsraum so gewaltig ist, daß selbst bei einer sich ankündigenden Besserung Wachen, in Monate verziehen bis ein einigermaßen gerechter, Ausgleich zwischen Angebot und

Nachfrage auf dem Tonnamarkt geschaffen sein wird. Die letzte Hoffnung für eine Besserung der allgemeinen Schiffsfahrtslage bildet in Reederkreisen der Ostsee-Frachtenmarkt. Man verpicht sich von der bevorstehenden Wiedereröffnung der Ostsee-Schiffahrt eine günstige Beeinflussung auch der anderen Märkte. Es dürften in dieser Saison bedeutende Holzverschiffungen von der Ostsee auszuführen sein, da namentlich Deutschland und Frankreich große Holzabfälle in Schweden und Finnland gefällig haben.

Der ertappte Ladendieb. Die Angestellten eines Kaufhauses beobachteten dieser Tage einen fremdländisch aussehenden Mann, der sich in ansässiger Weise an den Verkaufstischen zu schaffen machte. Den Beobachtenden wurde schließlich klar, daß man es mit einem Ladendieb zu tun hatte, worauf dessen Festnahme erfolgte. Die Untersuchung des Mannes ergab zunächst, daß der Festgenommene eine eigenartige Kleidung trug, die darauf berechnet war, die von den Verkaufstischen entwendeten Gegenstände unauffällig zu verbergen. Er trug nämlich zwei Mäntel übereinander, von denen der unterste anstatt des Futteres zwei große Taschen hatte. Der Dieb hatte bereits mit Erfolg gearbeitet. In den Taschen wurden 7 Garnituren Herrenwäsche und eine Strickjacke gefunden. Die Feststellung seiner Personalkarte ergab, daß es sich um einen Schneider Leiser Szerman aus Lodz handelte, der vor wenigen Tagen nach Danzig gekommen war und sich hier unangemeldet aufhielt. Es wurde in Untersuchungshaft überführt.

Die diesjährige Schilzzeit der Radanne. Die diesjährige Schilzzeit der neuen Radanne und ihrer Kanäle findet von Sonntag, den 8. bis einschließlich Sonnabend, den 21. Juni d. J., statt. Die Schilzzeit dient zur Ausführung der Reinigungs- und Instandsetzungsarbeiten.

Die Eröffnung der Seebäder in Glettkau erfolgt am Sonnabend, den 7. Juni, 7 Uhr früh. Die Preise der Bäder betragen: für Erwachsene im Juni und September 0,30 Gulden, im Juli und August 0,40 Gulden; für Kinder bis zu 14 Jahren im Juni und September 0,20 Gulden, im Juli und August 0,25 Gulden.

Niebau (Dr. Werder). Amtsvorsteher-Stellvertreter. Der Amtsvorsteher Hermann Niebau zu Niebau ist zum Amtsvorsteher des Amtsbereichs Niebau auf die Dauer von 6 Jahren, und zwar vom 17. Mai 1924 bis 16. Mai 1930 einschließlich, ernannt.

* **No 18** *
Überall erhältlich

J. Bora
— geschnitten —

2 Pfennig mit Goldmundstück 2 Pfennig mit Goldmundstück

die seit 25 Jahren wegen ihrer guten Qualität beliebte

BORG
Zigarette

12535

Wasserstandsberichte am 5. Juni 1924.

amstorf . . .	+1,61	+1,51	Kurzbrack . . .	+1,86	+1,86
Barthau . . .	+1,80	+1,82	Montauerspise . . .	+1,28	+1,29
Blod	+1,19	+1,22	Niebau	+1,20	+1,20
Thorn	+1,36	+1,39	Pinnae	+1,22	+1,24
Tordon	+1,40	+1,41	Schlewenhorst . . .	+2,08	+2,16
Wald	+1,32	+1,32	Rogat:	+2,34	+2,38
Waldens	+1,36	+1,37	Schwan O. P.	+6,58	+6,56
			Malnenberg O. P. . .	+4,60	+4,62
			Reuscherbusch . . .	+2,00	+2,00
			Wwach	+	+

Amliche Börsennotierungen.

Danzig, 4. 6. 24

1 Rentenmark 1,40 Gulden.
1 Zloty 1,12 Danziger Gulden.
1 Dollar: 5,80 Danziger Gulden.

Berlin, 4. 6. 24

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,2 Billionen Mk.

Danziger Getreidenreise vom 4. Juni (Amlich.) In Danziger Gulden per 50 Kg. Weizen 12,00—12,40, Roggen 8,50,—0,00 Berke 8,90,—9,50 Hafer 8,90—9,00.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt Ernst Roggenbuck, Danzig-Langfuhr. Verlag: Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsverwaltung Danzig. Druck: J. Gehl & Co., Danzig.

Bekanntmachung!

Räumungs-Ausverkauf von Zigarren und Zigaretten

verschiedener guter Marken von „Manoli“ und hiesiger Zigaretten-Industrie, sowie ganz billige Zigarren.

Wiederverkäufer erhalten bedeutende Extra-Rabatte.

Hermann Groth

Tabak-, Zigarren- u. Zigaretten-großhandlung

Danzig, Jopengasse 14, Eingang Portechaisengasse Telephon 3959

Julius Goldstein

Junkergassz 2-4 gegenüber der Markthalle

Billigste Bezugsquelle

für Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Herren- und Damenwäsche, Trikotagen, Schürzen und Spielwaren.

Große stabile Trittleiter
zu verkauft. Zerrmann Langgarter Beck 10. (1)

Gut erhaltenes eisernes Kinderbettgestell
zu verkauft. Besitzt nachm Petersh b d. Kirche 20. 3.

Ein Fahrrad billig zu verkaufen. Serotzk, Reusfahrwasser Weichselstraße 3a.

Buchdrucker sucht kleines einfaches Zimmer. Gebote mit 1200 an die Exped. d. Volksstimme. (f)

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.
 Heute, Donnerstag, den 6. Juni, abends 7 Uhr:
Don Cesar
 Operette in drei Akten mit teilweiser Benennung
 eines Stoffes von Dumasoir von O. Walthier,
 Musik von R. Dellinger.
 In Szene gesetzt von Erich Sterneck.
 Musikal. Leitung: Werner Böbling.
 Personen wie bekannt. Ende 9 1/4 Uhr.

Bekanntmachung

Auf gemeinsamen Beschluß der Brotfabriken und der Bäckereimung ist vom 6. Juni 1924 ab ein Einheitspreis von G 0.50 für das Roggenbrot festgesetzt worden. Das helle Roggenbrot hat ein Gewicht von etwa 2 1/4 Pfd., das dunkle von etwa 2 1/2 Pfd. Der Preis für kleine Brötchen beträgt 4 P, für große Brötchen 8 P pro Stück. (12314)

Danzig, den 5. Juni 1924.

Danziger Brotfabrik G. m. b. H.
 Mühlenbäckerei Danzig e. G. m. b. H.
 Germania Brotfabrik H. G.
 Produktgenossenschaft der Danziger
 Bäckereiarbeiter.
 Die Bäckereimung Danzig.

Achtung! **Hausfrauen!** Billig!

Freitag und Sonnabend:

- Schweinefleisch 0.80—0.85 G
- Kindfleisch 0.50—0.80 G
- Ralbfleisch 0.40—0.50 G
- Keule 0.60 G
- Lammfleisch 0.60—0.70 G
- Keule 0.80 G
- Schweineköpfe mit voller
 Backe . . . pro Pfund 0.50 G
- Ralbsköpfe, Stück 0.30 G

Markthalle, Stand 39,

früher 36

nur im Keller.

W. Fischer.

Billige Festangebote!

- Herren-Anzüge** 94, 82, 75, 66, 55, 48, 42, 36 u. a.
- Herren-Hosen** 12.00, 10.00, 8.50, 6.75, 5.50 u. a.
- Ereches-Hosen, Barsches-Anzüge
- Herren-Mäntel besonders billig!
- Herren-Hüte - Herren-Socken
- Tratz der billigen Preise gibt 10% Rabatt.
- Berliner Konfektions-Vertrieb
- Jugendgasse Nr. 27 Besser Herrenscheidung

Fahrräder!



**Reparatur- und
 Jagd-Fahrräder,**

mit beste deutsche Fahrradwerke in reichster Auswahl und zu
 außergewöhnlich billigen Preisen

12309) stets am Lager.

Requente Teilzahlungen. Bestmögliches Sie meine große
 Schrauben- und Werkzeug.

Räder, Schläuche, Kettenteile, Ketten, u. Ersatzteile
 ebenfalls sehr billig.

Reparaturen werden schnell
 und sachgemäß ausgeführt.

Danziger Fahrradvertrieb

Herr W. Fischer, Danzig, I. Damm 14

Neue Lederbekleidung bleibt wegen Urlaub
 des Personals vom

6.-22. Juni geschlossen.

Ich bitte meine werben Kunden, ihren
 Bedarf bis Freitag, nachmittags 5 Uhr,
 zu stellen.

Carl Fuhrmann
 2. Damm Nr. 6

Stauend billig!

Manufakturwaren u.
 Arbeiter-Bekleidung

Berger & Goldstein

12310) Danzig, Markt 22 Ecke Schmalenstraße

Große Pferderennen

bei Danzig-Zoppot

Am Pfingstmontag,
 dem 9. Juni



Beginn 2 Uhr
 Abfahrt 2 1/2 Uhr

Konzert

Am Pfingstmontag ermäßigte Eintrittspreise

Öffentlicher Totalisator

Danziger Reiter-Verein

13031

Die Kassenschalter der unterzeichneten Sparkassen
 bleiben am

**Sonnabend vor Pfingsten
 geschlossen.**

Sparkasse der Stadt Danzig. Sparkasse des Kreises Danziger
 Höhe. Sparkasse des Kreises Danziger Niederung. Danziger
 Sparkassen-Börsen-Verein. Sparkasse der Stadt Zoppot.

Bekleidungshaus

„LONDON“

II. Damm 10

Extra
 billige Pfingstpreise

Herren-
 Hosen

- 4.50
- 5.75
- 6.95
- 7.75
- 9.00
- 10.50
- 12.00
- 13.50
- 15.00
- 16.75
- 19.00
- 25.00
- 27.00
- 30.00

Herren-
 Anzüge

30.—
 35.—, 38.—, 40.—, 45.—,
 50.—, 55.—, 60.— Gulden

alles

weit unter Tagespreis

Herren-Anzüge

Ersatz für Mass

75.—, 90.—, 100.—, 120.—,
 135.—, 150.— Gulden

Gummi-
 Mäntel

- 40.00
- 45.00
- 49.00
- 60.00
- 75.00
- 90.00
- Jünglings- und
 Einwege-Anzüge
- 25.00
- 28.00
- 33.00
- 35.00
- 40.00
- 45.00
- 50.00

Bekleidungshaus „London“

II. DAMM 10.

13215

Danziger Likör- und Weinzentrale
 Zu Pfingsten

Alles anrollen

Preis und Maß wie bekannt.

Richard Scheer

12312) Danzig, Markt 22

12313) Danzig, Markt 22

Danziger Schirme
 15 Gulden
 12314) Danzig, Markt 22
 12315) Danzig, Markt 22

Kredit
 ist wieder da!

Bei kleiner Anzahlung können Sie
sofort mitnehmen!

Elegante

Herren- und Damen-
 Mäntel

Damen-Kostüme

Herren-Anzüge

Herren-Gummimäntel

Danziger Textilhaus
 Lange Brücke

13205

Achtung! Die Achtung!

billigste Einkaufsquelle

für Spirituosen und Liköre
 ist und bleibt

Arthur Wetzel

genannt Likörwetzel

Danzig, Paradiesgasse 22

12313

Zu
 Pfingsten

billige
 Schuhe

Damen-Halbschuhe
 schwarz von 14.- an
 braun . . . 15.- an

Herren-Schnell
 schwarz . . . 17.- an
 braun Box. v. 24.50 an

Sandalen
 in allen Größen

Kinderstiefel

Sämtl. Stoffe
 Anzüge auf
 Teilzahlung

Milchkannen-
 gasse 7

12312

Trauring-
 Vertrieb

Fingerringe Verlobungsringe.
 Jede Größe vorhanden.
 Uhrwerke gratis. Preise
 mäßig.

Felix Lenz,
 Schmiedegasse 18.
 Tel. 4870.

Geprüfter Scher, gelernt.
 Schindler
 12313) Danzig, Markt 22

12314) Danzig, Markt 22

Offerierte mein reichhaltiges Lager in

Zigarren von 10 P an

Zigaretten m. Goldmund-
 stück v. 1 P an

Feinschnitttabake von 30 P an
 und bitte um geneigten Zuspruch

E. Balda

Matzkausche Gasse 5a

13044

Fahrräder
 Mäntel, Schläuche

sämtl. Ersatz- und Zubehörteile
 äußerst billig

Reparaturen
 sachgemäß, schnell und billig

Erstes Danziger Fahrrad-Haus

Bräuergasse 56 Böhl & Heidebreich Bräuergasse 56

Pfeifen,

Tabake und Zigarren

in billigsten Preislagen

Ernst Steinke,

Altstadt, Graben 21 a.

Bälle
 billigst bei
Schärf

Spezialfirma f. Geschenkartikel
 Partschützengasse 62

Lüchtige
 12317) Danzig, Markt 22

gejuch.
 Bäckereier
Kahan & Co.,

Mühlhamngasse 7.